



Niederschrift zur 1. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Donnerstag, den 14.01.2010
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 22:28 Uhr
Ort, Raum: Rathaus der Stadt Zossen, Konferenzraum im Erdgeschoss,
Marktplatz 20 in 15806 Zossen

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jürgen Steinert

Ausschussmitglieder

Herr Hans-Jürgen Lüders

Herr Ralf Markwardt

Herr Rolf von Lützow

Herr Rainer Zurawski

anwesend ab 19:07 Uhr

sachkundige Einwohner

Herr Peter Glief

Frau Barbara Kaulen

Frau Peggy Kühnapfel

Herr Siegmund Trebschuh

Bürgermeisterin

Frau Michaela Schreiber

Protokollantin

Frau Evelyn Diebert

Gäste

Bürger

Herr Fred Hasselmann

Herr Carsten Preuß

Ehepaar Haenicke, Frau Ullrich, 2 Einw.
MAZ
Stadtverordneter

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Peter Hummer

entschuldigt

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Herr Steinert eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Steinert stellte die Beschlussfähigkeit fest. Es waren zur Zeit 4 der 6 stimmberechtigten Ausschussmitglieder anwesend. Der Ausschuss war somit beschlussfähig.

zu 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Steinert betonte, dass auf der letzten SVV im TOP 12.1. festgelegt wurde, dass uns hier heute die geforderten Übersichten zur Verfügung gestellt werden sollten. Es wurde bereits mehrfach gebeten, uns die Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Auch zur Einladungserstellung habe ich noch mal darum gebeten. Nichts ist bisher gekommen. Gibt es nun heute eine Tischvorlage?

Frau Schreiber erklärte, dass sie zu jedem Punkt mündlich antworten werde.
Herr Steinert bat wiederholt um Vorlage der schriftlichen Unterlagen.

Die vorliegende TO wurde einstimmig angenommen.

zu 4 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 07.05.2009, 26.05.2009 (Wiedervorlage), 26.11.2009, 08.12.2009 (Verwaltung), und 8.12.2009 (erstellt durch Ausschussvorsitzenden)**

Herr Steinert behauptete, dass die Niederschriften vom 07.05.2009 und 25.05.2009 dem Ausschuss nicht vorliegen.

Frau Schreiber antwortete, dass diese Protokolle zur HH-Beratung am 02.06.2009 verteilt wurden. Alle sollten doch bitte noch mal nachsehen.

Abstimmung: 07.05.2009 1 / 2 / 1 ohne Änderungen
Abstimmung: 26.05.2009 0 / 2 / 2 ohne Änderungen
Abstimmung: 26.11.2009 2 / 1 / 1 Herrn Trebschuh als entschuldigt führen
Abstimmung: 08.12.2009 Niederschrift Verwaltung 1 / 1 / 3 Herrn Trebschuh u. Herrn v. Lützwow als entschuldigt führen

19:07 Uhr Herr Zurawski nimmt an der Sitzung teil. Ab jetzt sind 5 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Abstimmung: 08.12.2009 Niederschrift Herr Steinert 2 / 1 / 2

zu 5 **Bericht aus der Verwaltung**

Frau Schreiber hatte keinen schriftlichen Bericht. Es werde einen ausführlichen Bericht zur nächsten SVV geben.

zu 6 **Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Herr Steinert verlas das Rücktrittsschreiben des Herrn Schmidt als sachkundiger Einwohner (Anlage).

Herr von Lützwow richtete an Frau Schreiber die Frage nach dem Beginn der Debatte zum Haushalt 2010.

Frau Schreiber teilte mit, dass die Verwaltung zur Zeit mit der Erstellung der Jahresrechnung beschäftigt sei. Parallel laufen die Vorbereitungen zur HH-Planung. Bis Ende des Monats Januar liege die ungefähre Jahresrechnung vor mit den vorläufigen Zahlen von 2009. Sie denke, wenn alles so klappt, werde der komplette Entwurf des Haushaltes 2010 an alle SV Mitte Februar versandt.

Herr Lüders wollte wissen, wie es möglich sei, dass umliegende Gemeinden schon einen beschlossenen Haushalt vorliegen haben.

Frau Schreiber erklärte ausführlich die Situation der Stadt Zossen. Der Haushalt 2004

und 2005 wurde jeweils zum Ende des Jahres vorgelegt. Sollzahlen wurden zugrunde gelegt. In anderen Gemeinden funktioniert das immer noch. Vor 4 Jahren hat sich die SVV mehrheitlich geweigert weiterhin so zu verfahren. Seit 2006 und alle Folgejahre können wir auf Wunsch der SVV den neuen Haushalt erst aufstellen, wenn wir das Ist des Vorjahres vorlegen können. Der Unterschied liegt darin, dass die SV den vorgelegten Zahlen in anderen Gemeinden trauen. Für das HH-Jahr 2010 stellen wir einen kammeralen HH auf, der Mitte Februar vorliegt. Für das HH-Jahr 2011 sind wir darauf angewiesen, dass wir diesen doppelten HH in 2010 beraten. Von der Ansage der SV auf den Ist-Zahlen zu bestehen, muss dann abgewichen werden.

Herr Lüders hatte die Bitte, diesen Teil als Auszug (Anlage) im heutigen Protokoll aufzunehmen, damit die Neuen das nachlesen können. Gemeinden haben die Zahlen sehr genau. Gebe ich Ihnen recht, wir müssen bei der Doppik sehr zeitig anfangen.

Herr Markwardt warf ein, dass der Verwaltung mehr Vertrauen geschenkt werden sollte. Er brachte Prognose und Ergebnis der Gewerbesteuer als Beispiel.

Es erfolgte eine Diskussion von Vertrauen gegenüber der Verwaltung.

Herr Steinert protestierte energisch, dass zu den TOP'en 8-11 bis jetzt keine schriftliche Vorlage erfolgt sei.

Herr Zurawski verlas eine e-mail, die Herr Steinert versandt hat. Zum Inhalt stellte Herr Zurawski an Herrn Steinert die Frage, wie er auf diese Einteilung in arbeitswillige und arbeitsunwillige Abgeordnete gekommen sei. Herr Zurawski wies diese pauschale Einteilung zurück. Er war zu den betreffenden Sitzungen entschuldigt.

Herr Steinert erklärte, dass alle, die kamen oder entschuldigt fehlten, für ihn arbeitswillig waren.

Kurzes Streitgespräch über Wortwahl dieser e-mail.

zu 7 Einwohnerfragestunde

Frau Ullrich, Goetheschule Zossen:
In der SVV wurden viele Projekte für Januar vorgeschlagen. Die Petition der Goetheschule sollte in die Ausschüsse verlagert werden. Wie wird jetzt damit verfahren?

Herr Lüders:
Ich erwarte ganz schnell, dass Bau- und Finanzausschuss eine Sitzung dazu durchführen. Der BA-Vorsitzende hat sich noch nicht gemeldet. Investitionen können erst nach bestätigtem Haushalt erfolgen. Es wurde eine Reihe von Maßnahmen genannt, die gehören in den Haushalt mit rein. Die Dinge müssen komplett umgesetzt werden.

Frau Ullrich:
Erhalten wir eine konkrete Aussage, was als nächster Schritt getan werden muss?

Herr Steinert:
Ich hatte die Vorlage der Prio-Listen mit kurzen Angaben der Bürgermeisterin angefordert. Wir können das so nicht beraten.

Herr Lüders betonte, dass er den Bauausschuss auffordern werde, dass in seine Arbeit aufzunehmen. Beide Projekte haben höchste Priorität.

Frau Schreiber teilte mit, dass der Bauausschuss eine Vorortbesichtigung festgelegt hat. Die Organisation läuft.

zu 8

Beratung zum Stand der Abarbeitung der Prioritätenliste Hochbau, Tiefbau und Straßenbeleuchtung mit Vorlage der beanspruchten Haushaltsstellen durch die Verwaltung

Herr Steinert stellte fest, dass der Ausschuss auch zu diesem TOP keine schriftlichen Unterlagen erhalten hat.

Frau Schreiber argumentierte, dass die Beträge dafür 2009 festgelegt wurden. Im laufenden Kalenderjahr habe sie ständig in den Berichten aus der Verwaltung dazu berichtet, welche Maßnahmen wir durchgeführt haben und wo es möglich war, auch die Beträge dazu genannt. Sämtliche vier HH-Stellen sind komplett verbraucht. Die Liste wird Ihnen als Abarbeitungsliste mit der neuen Prio-Liste vorgelegt. In einigen dieser Pauschalen dürfte es keine Schwierigkeiten geben.

Herr Steinert beharrte darauf, dass die Prio-Listen ohne finanzielle Werte dargestellt wurden.

Herr Preuß fragte ebenfalls, warum keine Summen stehen und die Reihenfolge der Prio-Listen sich verändert haben. Warum wurden Maßnahmen aus Prio-Liste 2 vorgezogen?

Herr Lüders betonte, dass sie nichts erhalten haben und forderte die Abrechnung aus vergangenen Jahren als Anlage zum Protokoll zu nehmen.

Frau Schreiber erläuterte wiederholt, dass in den Berichten aus der Verwaltung in Klammern in den Baupunkten eine Summe genannt wurde. Nur beim Erweiterungsbau wurde keine erneute Summe genannt. Eine Übersicht der abgearbeiteten Prio-Liste wurde vor der HH-Debatte 2009 an die SV übergeben. Auf allen Listen war farblich gekennzeichnet, was abgearbeitet ist.

Herr Markwardt schlug vor, auf den Prio-Listen nicht nur das Projekt zu nennen, sondern auch was es kostet. Man sollte die Listen auch wirklich nur auf die Projekte beschränken, die finanziell machbar sind.

Frau Schreiber sagte, dass die einzelnen Prio-Listen unterschiedlich diskutiert werden sollten und in der Hochbau-Liste die Zahlen dahinter standen. Beim Tiefbau sei es schwierig. Wir wussten, dass die Pauschalen nicht ausreichen. Bei der Abrechnung wird konkret gesagt werden, warum Maßnahmen vorgezogen wurden.

Herr Trebschuh forderte, dass es für die Zukunft nachvollziehbar vorgelegt werden müsse. Hier arbeiteten Ehrenämter. Eine einfache Excel-Tabelle müsste möglich sein.

Herr Lüders sagte, dass die sachkundigen Bürger die Berichte aus der Verwaltung nicht erhalten hätten und ihnen somit jede Diskussionsgrundlage fehlt.

Teilweise sehr erregte kontroverse Diskussion über die Möglichkeit der Vorlage von Zahlen zur Abarbeitung der Prio-Listen.

Herr Glief forderte den Abbruch dieser Diskussion. Er wolle sachlich arbeiten. Er würde bis zur Doppik noch mitarbeiten. Sollte sich der Umgang mit den Ausschussmitgliedern nicht ändern, würde er seine Mitarbeit beenden. Er wüsste nicht, was auf der SVV besprochen werde.

Frau Schreiber bekräftigte nochmals ihre Aussage, dass sie die Zahlen immer dahinter geschrieben hätte. Der Finanzausschuss hat sich das letzte Jahr das erste Mal mit den Prio-Listen beschäftigt. Man sollte sich die Zuständigkeit noch mal überlegen. Der Bauausschuss arbeitet mit den Prio-Listen. Sie nimmt das positiv zur Kenntnis, wenn man die Listen kürzer gestaltet. Die Verwaltung lege die Listen so vor, wie sie die SVV verlangen. Die Zuständigkeit liege im Bauausschuss.

Herr Lüders forderte das Ende der Debatte, da sie immer nur dasselbe hören.

Abstimmung: einstimmig 5 / 0 / 0

zu 9 Beratung zur Vorlage der veranlagten Gewerbesteuern als Leistung der Verwaltung mit Vergleich zum Haushaltsplan

Herr Steinert richtete an Frau Schreiber die Frage, haben Sie Zahlen?

Frau Schreiber stellte klar, sie wollen eine Auflistung von einzelnen Firmen. Aus datenschutzrechtlichen Gründen werden sie die nicht bekommen. Das Anordnungssoll weicht nicht ab zum Plan der Vorausleistungsbescheide. Darüber habe sie auch jeweils berichtet auf der SVV. Schriftlich mitgeteilt habe sie im BadV auch die Überschreitung der 5 Mio €. Die Zahl sei auch im Ist so eingegangen. Es sei mit 5.475 Mio € abgeschlossen worden. Das, was die Verwaltung für 2009 vorausgesagt habe, haben wir auch erhalten. Es bestehe keine Gefahr, dass wir den Plan unterschreiten.

Herr Steinert fragte wiederholt, warum diese Zahlen nicht schriftlich übergeben werden konnten.

Kontroverses Streitgespräch zwischen Herrn Zurawski und Herrn Steinert zur Frage, ob jede Zahl aus der Verwaltung von Herrn Steinert angezweifelt werde.

Herr Lüders äußerte, dass er die Zahlen der Mehreinnahmen nicht anzweifle. Die 475 T€ müssten dann drüber bleiben und könnten für Neubau ausgegeben werden.

Herr Markwardt beantragte das Ende der Debatte.

Frau Schreiber erläuterte die verschiedenen Stadien der Gewerbesteuer. An die Ausschussmitglieder stellte sie die Frage, Sie gehen aber nicht davon aus, dass ich Ihnen die Mehreinnahmen der Gewerbesteuer absichtlich verschwiegen habe, oder?

Abstimmung zum Antrag auf Ende der Debatte: 5 / 0 / 0

zu 10 Beratung zur Vorlage der Verwaltung über den Stand der Beantragung und Abarbeitung der Finanzmittel aus den 3 Konjunkturpaketen

Frau Schreiber teilte mit, dass sie regelmäßig in der SVV berichtet hätte. Der Mittelabruf erfolgt erst nach Rechnungslegung. Beschlüsse wurden durch die SVV gefasst und waren mit Mittel belegt. Es ist in diesem Verfahren nicht vorgesehen extra Listen zu erarbeiten und vorzulegen. Für das Gewerbegebiet Bahnhof Wünsdorf wurde ein Fördermittelantrag gestellt.

Welche Listen möchten Sie vorgelegt haben, wenn das in 2 Konjunkturpaketen nicht gefordert ist. In welcher Form hätten Sie die Listen gerne.

Herr Steinert hielt dagegen, dass er angeboten hatte sofort in die Verwaltung zu kommen. Wir wollen für die 2 Mio eine Aufteilung, welche Leistung dahinter ist. Die Verwaltung hat die Arbeit zu leisten, die gefordert wird.

Herr Preuß äußerte seine Sorge, dass die Verwaltung dem Kreis den Mittelbedarf beim Fördermittel-Antrag für Wünsdorf nicht mitgeteilt hätte und es somit nicht mehr gewährt wird.

Frau Schreiber erklärte ausführlich die Verfahrensweise für diese Art des Fördermittel-Antrages. Die Mittel für Bildung und Infrastruktur werden nur beim Landkreis gemeldet und dort weitergeleitet. Für Wünsdorf wurde ein Fördermittelantrag bei der ILB gestellt. Ich weiß nicht, was Sie sonst noch wollen.

Herr Lüders stellt Antrag auf Ende der Diskussion.

Frau Schreiber sagte, dass sie gerne wissen würde, was die Ausschussmitglieder glauben, wozu das Geld anderweitig verbraucht wurde.

Es kam erneut die Forderung nach schriftlichen Vorlagen.

Die Diskussion wurde ohne Abstimmung beendet.

zu 11 Beratung zur Vorlage der Auflistung der 2009 erfolgten Rechnungsbegleichung der Haushaltsstelle 0200 655

Nachdem Herrn Steinert auf seine Frage nach Vorlage von schriftlichen Auskünften durch Frau Schreiber geantwortet wurde, dass alles komplett erteilt ist, begann eine heftige kontroverse Diskussion. Es wurde festgestellt, dass den sachkundigen Einwohnern keine Unterlagen vorliegen.

Von der Verwaltung wurde festgehalten, dass Statistiken gefordert werden, die so nichts bringen.

zu 12 Beratung von Beschlussvorlagen

**zu 12.1 Zulassung von überplanmäßigen Ausgaben bei den Personalkosten 2009
Vorlage: 110/09**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung Zossen beschließt die Zulassung von 761.800 € an zusätzlichen Mitteln für Personalkosten im Jahr 2009

Herr Lüders legte dar, dass das bereits im März 2009 in den Haushalt hätte eingebracht werden können. Bei der neuen HH-Debatte lasse er sich gerne vom Gegenteil überzeugen. Die Begründung dieser Beschlussvorlage sei an den Haaren herbeigezogen.

Herr Steinert bemängelte, dass die in der SVV geforderte Auflistung nicht gegeben wurde.

Herr Markwardt hatte die Frage, bei der Beschlussvorlage geht es um die Zulassung der Personalkosten, da den Leuten das Geld gezahlt werden soll?

Herr Trebschuh führte aus, die Arbeitgeberin hat die Verantwortung, dass die Gelder zur Verfügung stehen. Es wurde in den FA zurückverwiesen, weil die Begründung nicht ausreichend war. Der Rechtsamtsleiter hatte zugesichert, dass das ausführlicher begründet wird. Geändert wurde nichts. Er frage sich, auf welcher Grundlage hier Dinge gemacht werden. Der zeitliche Zusammenhang im November zwischen Gewerbesteuer und diesen Personalkosten fällt auf.

Herr Preuß sagte, wenn es sich um Personalkosten handelt sind die zu bezahlen, aber wir können dann nicht einfach zu TO übergehen. Er sieht darin einen Verstoß gegen die Kommunalverfassung, da der Beschluss vor Ausgabe hätte gefasst werden müssen. Seine andere Spekulation ist, dass die Kosten von Anfang an gut standen und die Verwaltung das wusste und nicht im HH-Plan 2009 abgebildet hat, nur um einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Frau Schreiber argumentierte, dass es auch im Jahr davor nicht gestimmt habe. Für 2010 wird es das auch wieder geben. Die Anzahl der Erzieherinnen ließen sich schlecht planen. Die Kinderzahlen schwanken. Tarifverhandlungen vor den Landtagswahlen haben andere Eingruppierungen ergeben. Das musste angepasst werden und war mit Nachzahlungen verbunden. Drei Auszubildende wurden übernommen. Krankheits- und Elternzeit sind schwer planbar. Die Arbeiten müssen erledigt werden. Der größte Brocken sind aber die Erzieher. Ich muss Kinder abweisen, wenn ich nicht genügend Personal habe.

Herr Trebschuh erkundigte sich, ob die Stadt einen Stellenplan habe.

Frau Schreiber bejahte. Sie stellte klar, dass keine drei neuen Stellen geschaffen wurden.

Kurze Diskussion zwischen Herrn Trebschuh und Frau Schreiber über Einstellung von Erziehern ohne vorherigen Beschluss.
Herr Trebschuh forderte eine detaillierte Aufschlüsselung.

Herr Lüders zieht das Fazit, dass hier zwingend ein Nachtragshaushalt nötig gewesen wäre. Der Stellenplan wurde beschlossen und nur in diesem Rahmen darf ich Leute einstellen. Das ist ein glatter Rechtsverstoß gegen die Kommunalverfassung. Die Sache gehört in den RSO. Meine Fragen wurden nicht ausreichend beantwortet.
Mein Antrag lautet, Ende der Diskussion.

Herr Steinert stellte fest, dass die Bürgermeisterin versucht hat zu begründen. Es aber nicht sein kann, dass am Abschluss des Haushaltes eine $\frac{3}{4}$ Million nachgefordert werde. Er forderte einen Antrag in die SVV einzubringen und der Bürgermeisterin eine Missbilligung auszusprechen. Er werde diesen ganzen Vorgang der Kommunalaufsicht übergeben. Es muss geprüft werden, ob die gesetzlichen Grundlagen erheblich verletzt wurden. Das nur in den RSO zu geben bringt uns hier nichts. Ein ordentlicher Nachtragshaushalt hätte vorgelegt werden können.

Herr Markwardt sagte, dass er sich Herrn Lüders anschließen würde.

Herr Trebschuh, betonte, die Begründung der Bürgermeisterin zeige die Zeitschiene, dass das viel früher in die SVV gehört hätte.

Frau Schreiber stellte klar, dass sie keine zusätzlichen Stellen, außer im Kita-Bereich geschaffen habe. Sie forderte, dass der Ausschuss einen Beschluss fassen soll, dass sie Kinder dann nicht mehr aufnehmen soll.

Diskussion über Kita-Schlüssel und Einstellungen ohne Beschluss.

Herr Steinert formuliert folgenden Antrag:
Der FA stellt an die SVV zur nächsten Sitzung den Antrag, der Bürgermeisterin eine Missbilligung auszusprechen, weil sie dort gefasste Beschlüsse nicht durchgeführt hat. Der FA stellt den Antrag über die Kommunalaufsicht nachprüfen zu lassen, inwieweit mit dem Antrag eine $\frac{3}{4}$ Million zu stellen die Festlegung der Finanzordnung des Landes Brandenburg nicht eingehalten bzw. verletzt wurde.

Abstimmung: 3 / 0 / 2

Jürgen Steinert
Ausschussvorsitzender

Evelyn Diebert
Protokollantin